



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Droske

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: ralf.droske@stadt-koeln.de

Datum: 28.03.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 26.03.2012, 15:03 Uhr bis 17:08 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Horst Thelen GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Karsten Kretschmer	GRÜNE

Sachkundige Bürgerin

Frau Renate Domke auf Vorschlag der FDP

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Löwisch	auf Vorschlag der Fraktion die Linke.Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helga Schlapka	SPD
Frau Christel Tank	pro Köln
Herr Ulf Florian	auf Vorschlag der SPD

Herr Patric Sobieralski	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Herr Patrick Stamm	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Hauser	auf Vorschlag der Grünen
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP
Herr Thorsten Stöckert	auf Vorschlag der FDP
Herr Berthold Bronisz	DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Turan Özküçük	LDK
--------------------	-----

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Efan Kara	CDU
Herr Markus Wiener	pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Helmut Metten	GRÜNE
--------------------	-------

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Zu TOP 3.6

Der Ausschussvorsitzende, Herr Thelen, weist zu dem Tagesordnungspunkt 3.6 (Verschiedene Bürgeranträge gemäß § 24 GO) darauf hin, dass sich die Teilanträge der Ziffern 2, 3 und 4 gegen Grundrechte aus dem Grundgesetz richten (Artikel 2 – Freie Entfaltung der Persönlichkeit- und Artikel 3 - Gleichheitsgrundsatz, keine Diskriminierung aus religiösen Gründen). Eine Beschlussfassung im Sinne der Anträge würde gegen geltendes Recht verstoßen. Sie können deshalb im Ausschuss nicht behandelt werden. Der Teil-Antrag nach Ziffer 4 ist unbegründet und der Antragsteller ist auch nicht persönlich erschienen, um ihn zu begründen. Daher plädiert der Vorsitzende dafür, alle Anträge ohne Beratung zurückzuweisen. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder

1 **Mitteilungen**

1.1 Nächtlicher Fluglärm in Köln-Stammheim
0409/2012

1.2 Änderung der Ampelanlage an der Niehler Straße/Ecke Innere Kanalstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Be-
schwerden vom 21.11.2011, TOP 3.1
0596/2012

1.3 Toilettenkonzept, Zwischenbericht
0789/2012

1.4 Mitteilung über zurückgewiesene Eingabe (Dienstaufsichtsbeschwerde) (02-
1600-11-12)
0876/2012

1.5 Vergabe der Standplätze für die Maronenverkäufer durch Losentscheid (02-
1600-91/11) 0087/2012
1042/2012

2 **Anfragen**

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

3 **Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

3.1 Gedenkplatte für Christian Hülsmeier, den Erfinder des Radars (02-1600-
89/11)
0109/2012

3.2 Denkmal Ma'alot (02-1600-90-11)
0245/2012

3.3 Verfahren über die Zuschussgewährung zur Kindertagespflege für unter Drei-
jährige (02-1600-01-12)
0483/2012

- 3.4 Antrag auf Überarbeitung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen (02-1600-96/11)
0295/2012
- 3.5 Bürgereingabe: Eis- und Schwimmstadion Lentpark (02-1600-77/11)
5219/2011
- 3.6 Verschiedene Bürgeranträge gemäß § 24 GO (02-1600-06/12)
 - 1. Abwahl Oberbürgermeister
 - 2. Burkaverbot
 - 3. Verbot von Minaretten
 - 4. Versagung von finanzieller Unterstützung für islamische Vereine0746/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

4 Mitteilungen

5 Anfragen

5.1 Mündliche Anfragen

5.2 Schriftliche Anfragen

6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung neuer Ausschussmitglieder

Der Ausschussvorsitzende verpflichtet die beiden neuen Sachkundigen Einwohner,

Herrn Frank Hauser

und

Herrn Robert Wande,

ihre Aufgaben als sachkundige Einwohner nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

1 Mitteilungen

1.1 Nächtlicher Fluglärm in Köln-Stammheim 0409/2012

1.2 Änderung der Ampelanlage an der Niehler Straße/Ecke Innere Kanalstraße hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 21.11.2011, TOP 3.1 0596/2012

Herr Kretschmer kritisiert den Inhalt der Mitteilung. Der Ausschuss hatte mit Beschluss vom 21.11.2011 die Verwaltung gebeten, die Verkehrssituation und mögliche Verbesserungen an der Kreuzung Niehler Str./Ecke Innere Kanalstr. umfassend zu prüfen. Dies beinhalte mehr, als die Prüfung der Erweiterung um einen signalisierten Grünpfeil oder eine Spuraufteilung.

Herr Schneider ergänzt, dass die Aussage der Verwaltung seinerzeit auch positiver war.

(Auszug aus der Niederschrift vom 21.11.2011: „Herr Rothe, Amt für Straßen und Verkehrstechnik, teilt für die Verwaltung mit, dass derzeit die Ausschreibung für die Untersuchung dieses Kreuzungsbereichs vorbereitet wird. Untersucht werden soll, wie und mit welchen Maßnahmen die Verkehrssituation an diesem Knotenpunkt optimiert werden kann. Ein Bestandteil der Prüfung ist die Optimierung der Lichtsignalanlagen und die Einrichtung eines signalisierten Grünpfeils. Ein genauer Zeitrahmen für diese Untersuchung könne jetzt noch nicht angegeben werden.“)

Insofern wird eine ergänzende Stellungnahme erwartet.

Beschluss:

Zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

1.3 Toilettenkonzept, Zwischenbericht 0789/2012

Herr Löwisch kritisiert, dass bis 2015 auf die Umsetzung des Konzeptes gewartet werden soll. Er plädiert dafür, zumindest das Projekt „Nette Toilette“ kurzfristig umzusetzen.

Frau Schultes verweist auf die Diskussion im Sozialausschuss und bekräftigt, dass die SPD-Fraktion erwartet, dass mit der Umsetzung des Toilettenkonzeptes bereits in 2012 begonnen wird. Die Verwaltung missachte die vom Rat in 2009 und 2010 gefassten Beschlüsse. Es müssten kurzfristig barrierefreie Toiletten errichtet werden. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden hatte im Oktober 2011 außerdem auf die dringende Situation an den Poller Wiesen hingewiesen.

Frau Herbers-Rauhut und Frau Domke schließen sich der Forderung nach einer frühzeitigeren Umsetzung, insbesondere der kleineren Maßnahmen, an, ebenso Herr Kretschmer. Er sieht die Kopplung an den Werbenutzungsvertrag kritisch. Herr Hauser meint, dass die öffentlichen Aufgaben nicht von Werbeeinnahmen abhängig gemacht werden dürften.

Frau Willms, Bauverwaltungsamt, nimmt für die Verwaltung Stellung. Die der Mitteilung beigefügte Beschlussvorlage habe sich aufgrund der Verschiebung der Haushaltsplanberatungen verzögert. Die Kopplung an den Werbenutzungsvertrag sei in der Vergangenheit festgelegt worden, um den zusätzlichen Ausgaben Einnahmen gegenüber stellen zu können.

1.4 Mitteilung über zurückgewiesene Eingabe (Dienstaufsichtsbeschwerde) (02-1600-11-12) 0876/2012

1.5 Vergabe der Standplätze für die Maronenverkäufer durch Losentscheid (02-1600-91/11) 0087/2012 1042/2012

2 Anfragen

2.1 Mündliche Anfragen

2.2 Schriftliche Anfragen

3 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Gedenkplatte für Christian Hülsmeier, den Erfinder des Radars (02-1600-89/11) 0109/2012

Der Petent erläutert seine Eingabe.

Für die Verwaltung nimmt Herr Horn, Stadtplanungsamt, Stellung. Auf Nachfrage von Herrn Zimmermann teilt er mit, dass kein einheitlicher Standard für Gedenktafeln bestehe. Bei einer Bronzetafel müsste man aber mit den angegebenen Kosten rechnen.

Herr Kretschmer spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung kostengünstigere Alternativen prüft. Er unterstützt die Empfehlung an den Petenten, die Unterstützung durch Sponsoren zu prüfen.

Frau Herbers-Rauhut schließt sich dem an. Als möglichen Sponsor könnte sie sich auch die Netcologne vorstellen.

Herr Thelen empfiehlt auch den Kontakt zum Ingenieurwissenschaftlichen Institut in Köln. Da die Deutsche Bahn AG die Anbringung an der Hohenzollernbrücke abgelehnt habe, sollte die Verwaltung bei der Findung eines geeigneten Standortes behilflich sein.

Der Petent beantragt ergänzend als Alternative, die Prüfung, ob ein Straßename nach Christian Hülsmeier benannt werden könnte.

Herr Kretschmer regt an, zu prüfen, ob nicht im Rahmen der Gestaltung des Rheinboulevards die Anbringung einer Gedenkplatte berücksichtigt werden kann. Als Alternative sei auch die Benennung einer Straße oder eines Platzes denkbar, beispielsweise im Neubaugebiet Deutzer Feld.

Herr Thelen fasst die Anregungen zu einem geänderten Beschlussvorschlag zusammen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Anregung. Das Anliegen wird grundsätzlich unterstützt. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen

1. welche preiswerteren Varianten einer Gedenkplatte möglich sind
2. an welchen Stellen die Aufstellung einer Gedenkplatte möglich ist (im direkten Umfeld der Hohenzollernbrücke)
3. ob alternativ die Benennung einer Straße oder eines Platzes nach Christian Hülsmeier (mit einem entsprechendem Zusatzschild zum Straßennamen) in der Innenstadt möglich ist

und die Ergebnisse der Prüfung den zuständigen Ausschüssen / der Bezirksvertretung vorzustellen.

Aufgrund der aktuellen Haushaltslage verweist der Ausschuss auf die Hinweise der Verwaltung zur finanziellen Unterstützung durch Sponsoren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Denkmal Ma'alot (02-1600-90-11) 0245/2012

Der Petent erläutert seine Eingabe. Er bemängelt, dass das Thema seit Jahren nicht voran käme. Im letzten Kulturausschuss habe der Kulturdezernent nicht berichten können, da er vom Baudezernenten nicht informiert worden sei.

Für die Verwaltung nimmt Herr Horn vom Stadtplanungsamt Stellung. Er teilt mit, dass das federführende Amt für Straßen und Verkehrstechnik noch Vertragsverhandlungen mit dem Ingenieurbüro führe.

Herr Thelen kritisiert, dass bei diesem bedeutenden Thema trotz Einladung kein Vertreter aus dem federführenden Amt, dem beteiligten Dezernat für Kunst und Kultur und dem Stadtraummanagement anwesend sei.

Herr Schneider schließt sich dieser Kritik an und plädiert dafür, dies im Beschluss formell zu rügen.

Frau Herbers-Rauhut stimmt dem zu und bittet um genauere Informationen zum Zeitplan der in der Mitteilung angekündigten Maßnahmen.

Herr Schneider schlägt vor, im Beschluss die Verwaltung aufzufordern, kurzfristig weitere Informationen zu den vorgesehenen Maßnahmen zu geben.

Herr Thelen formuliert einen geänderten Beschlussvorschlag und lässt über die Änderungen getrennt abstimmen.

Geänderter Beschluss (1. Teil):

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss begrüßt, dass die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Künstler und den Entwurfsverfassern an einer Lösung zur Sanierung dieses wichtigen Denkmals arbeitet.

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden den Ausschuss und den Petenten über die Inhalte der Ingenieuraufträge und den Zeitplan der vorgesehenen Arbeiten zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Ergänzung im Beschluss (2. Teil):

Der Ausschuss rügt das Fernbleiben der zuständigen Fachverwaltungen zur heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Geänderter Gesamt-Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss begrüßt, dass die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Künstler und den Entwurfsverfassern an einer Lösung zur Sanierung dieses wichtigen Denkmals arbeitet.

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden den Ausschuss und den Petenten über die Inhalte der Ingenieuraufträge und den Zeitplan der vorgesehenen Arbeiten zu informieren.

Der Ausschuss rügt das Fernbleiben der zuständigen Fachverwaltungen zur heutigen Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3.3 Verfahren über die Zuschussgewährung zur Kindertagespflege für unter Dreijährige (02-1600-01-12) 0483/2012

Der Petent erläutert seine Eingabe. Er beklagt sich insbesondere darüber, dass es im alleinigen Ermessen der Tagespflegeperson steht, den Antrag auf Bezuschussung zu stellen, ohne dass die Eltern über die Auswirkungen auf die Tagespflegekosten informiert werden oder darauf Einfluss haben. Er regt an, die Beteiligung der Eltern bei der Antragstellung und eine finanzielle Kompensation der Eltern sicher zu stellen.

Frau Krauel und Herr Brüggem (beide Amt 51) nehmen für die Verwaltung Stellung. Sie bestätigen im Wesentlichen das vom Petenten geschilderte Verfahren. Durch den Antrag der Tagespflegeperson auf Bezuschussung entsteht eine Beitragsverpflichtung der Eltern an die Stadt in Höhe der regulären Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen. Die Entstehung dieser Beitragspflicht hat aber keinen zwingenden Einfluss auf die Höhe des zwischen Eltern und Tagespflegeperson vereinbarten Betreuungsentgeltes. Inwieweit also die Tagespflegeperson aufgrund des ihr von der Stadt bewilligten Zuschusses das mit den Eltern vereinbarte Betreuungsentgelt reduziert, kann nur zwischen Eltern und Tagespflegeperson unmittelbar vereinbart werden. Da die Eltern keinen Einfluss auf die Beantragung des Zuschusses haben und meist auch rückwirkend von der Stadt zu Elternbeiträgen herangezogen werden, entstehen für sie erheblich höhere Betreuungskosten, wenn die Tagespflegeperson ihre Mehreinnahmen aufgrund des Zuschusses nicht auf das Betreuungsentgelt anrechnet.

Die Verwaltung verfolgt jedoch das Ziel, dass durch den Zuschuss an die Tagespflegeperson die Betreuungskosten für die Eltern insgesamt sinken. Sie hat daher den Antragsvordruck überarbeitet. Es wurde ein Passus aufgenommen, dass die Eltern über die Beantragung informiert sind.

Herr Schneider merkt an, dass aber durch diese Änderung keine Sicherheit für die Eltern entsteht, dass der gewährte Zuschuss auf das vereinbarte Betreuungsentgelt angerechnet wird, so dass keine höheren Kosten für die Eltern entstehen. Er bezweifelt die Aussage der Verwaltung, dass sich das Verfahren rechtlich nicht anders regeln lässt, so dass die finanzielle Entlastung auch den Eltern zugute kommt. Nach Informationen der SPD-Fraktion haben die Städte Troisdorf, Düsseldorf und Dortmund diesbezüglich eine Regelung gefunden. Die Verwaltung wird daher gebeten, das bisherige Verfahren zu überprüfen. Der Rat habe durch die Satzungsänderung das Ziel verfolgt, die Betreuungssituation für Eltern zu verbessern. Daher sei nicht akzeptabel, dass Eltern durch die Regelung plötzlich eine Mehrbelastung von über 30 Prozent haben.

Frau Herbers-Rauhut begrüßt, dass die Eltern nun besser über die Neuregelungen informiert werden, aber dafür reiche die Ergänzung des Antragsvordrucks nicht aus. Hier müsste beispielsweise durch Gespräche und Elterninformationen mehr zur Aufklärung beigetragen werden. Wichtig sei, dass die Eltern rechtzeitig informiert werden, so dass sie noch Gelegenheit haben, auf die Änderungen zu reagieren.

Herr Zimmermann stellt in Frage, ob es ausreicht, dass nur die Tagespflegeperson die Information an die Eltern bestätigt, oder ob nicht auch die Eltern dies bestätigen sollten.

Herr Fischer unterstützt dies. Er hält es für erforderlich, dass die Eltern der Zuschussbeantragung und den damit verbundenen finanziellen Folgen zustimmen.

Herr Klein stellt in Frage, ob die Bezuschussung nicht unmittelbar an die Eltern erfolgen sollte. Er regt an, für die Kindertagesbetreuung einen Mustervertrag anzubieten, der die relevanten Informationen enthält. Einen ähnlichen Service gebe es von Automobil-Clubs und Versicherungen für Musterkaufverträge.

Frau Krauel erklärt, dass die Verwaltung ebenso wie die freien Träger ausführliche Informationen über die Zuschussgewährung im Internet veröffentlicht haben. Über Verlinkungen sollen diese noch weiter optimiert werden. Nach den Erfahrungen der Verwaltung führt die Zuschussbewilligung auch zu einer Reduzierung des Betreuungsentgeltes für die Eltern. Das genannte Antragsformular wird dem Ausschuss zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird aber aufgrund der Anregung der SPD-Fraktion die Regelungen in den anderen genannten Städten vergleichen und insofern das eigene Verfahren überprüfen.

Herr Schneider schlägt vor, die Eingabe an den Jugendhilfeausschuss zu verweisen, mit dem Auftrag an die Verwaltung, zu prüfen, wie die Mehrbelastung für die Eltern ausgeglichen werden kann.

Herr Thelen fasst die Vorschläge in einem geänderten Beschlussvorschlag zusammen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei den Petenten für ihre Eingabe. Der Ausschuss hält es für erforderlich, das bisherige Verfahren der Vermittlung von Tagespflegepersonen und die Zuschussgewährung für Kindertagespflege zu optimieren, um eine finanzielle Mehrbelastung für die Eltern zu verhindern. Im Hinblick auf eine transparente Vertragsgestaltung ist zu prüfen, wie die Praxis der Zuschussbeantragung der Tagespflegepersonen mit der Zustimmung der Eltern verknüpft werden kann.

3.4 Antrag auf Überarbeitung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen (02-1600-96/11) 0295/2012

Die Petentin ist nicht anwesend.

Der Ausschuss spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei der Petentin für ihre Eingabe. Der Ausschuss bittet die Verwaltung, sobald die endgültige Erstattungsleistung des Landes feststeht, dem Jugendhilfeausschuss diese Petition mit einer Beratungsvorlage zur Fragestellung weiterer Beitragsfreistellungen vorzulegen. Die Petentin und der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden sind über das Ergebnis der Beratung im Jugendhilfeausschuss zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5 Bürgereingabe: Eis- und Schwimmstadion Lentpark (02-1600-77/11) 5219/2011

Der Petent beginnt, seine Eingabe zu erläutern. Aufgrund seiner unsachlichen Äußerungen, in denen er den politischen Parteien unter anderem absichtliches Verschleppen von Bürgeranträgen und eine unsoziale Politik vorwirft, ermahnt der Vorsitzende ihn zur Sachlichkeit. Der Petent beklagt auch, dass das Nippesbad nicht weiter betrieben wird.

Beschlussvorschlag:

Herr Kretschmer beantragt, wegen der Art und Weise des Vortrags, den er als unsachlich und beleidigend empfindet, Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über diesen Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt.

Der Petent entschuldigt sich für seine Äußerungen.

Für die KVB nimmt zunächst Herr Höhn Stellung und erläutert die aktuelle Situation. Es sei vorgesehen, zusammen mit der Stadtverwaltung im Mai eine Vorlage zur besseren Bus-Anbindung in den Verkehrsausschuss zu geben. Die Herrichtung der Barrierefreiheit der Haltestellen wird sukzessive umgesetzt. Aufgrund des immensen Kostenaufwandes werden pro Jahr 1 bis 2 Haltestellen umgebaut.

Für die Köln Bäder GmbH nimmt Herr Riemann zu den baulichen Maßnahmen und Nachbesserungen der behindertengerechten Einrichtungen Stellung.

Frau Reinecke, Behindertenbeauftragte der Stadt, bestätigt, dass die wesentlichen Mängel behoben worden seien. Es wäre aber wünschenswert, noch eine zusätzliche behindertengerechte Toilette einzurichten, da es diesbezüglich schnell zu Engpässen kommen könnte.

Herr Kretschmer erklärt, dass mit der Eröffnung des Lentparks ein zusätzliches öffentliches Bad geschaffen wurde. Das Nippesbad sei nicht für die Öffentlichkeit zugänglich gewesen, sondern nur für bestimmte Personengruppen. Auch nach seiner Erfahrung sei die Mängelbehebung im Konsens und sehr erfolgreich verlaufen. Daher plädiert er für eine Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Herr Schneider kritisiert, dass der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bereits am 15.12.2009 einen Beschluss zur Verbesserung der ÖPNV-Anbindung des Lentparks gefasst habe, der von der Verwaltung nicht umgesetzt wurde. Daher sollte der erneute Beschluss eine Umsetzung spätestens zum nächsten Fahrplanwechsel 2012/2013 vorsehen.

Herr Thelen schlägt ergänzend vor, die Verwaltung zu beauftragen, dem Verkehrsausschuss zur nächsten Sitzung eine entsprechende Vorlage vorzulegen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden bedankt sich bei dem Petenten für seine Eingabe. Er bittet die Verwaltung, dem Verkehrsausschuss zur nächsten Sitzung eine Beschlussvorlage mit Vorschlägen zur unmittelbaren Busanbindung des Lentparks, spätestens zum nächsten Fahrplanwechsel 2012/2013, vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 3.6 Verschiedene Bürgeranträge gemäß § 24 GO (02-1600-06/12)**
- 1. Abwahl Oberbürgermeister**
 - 2. Burkaverbot**
 - 3. Verbot von Minaretten**
 - 4. Versagung von finanzieller Unterstützung für islamische Vereine 0746/2012**

Beschluss:

Ohne Beratung zurückgewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

II. Nichtöffentlicher Teil

- 4 Mitteilungen**
- 5 Anfragen**
 - 5.1 Mündliche Anfragen**
 - 5.2 Schriftliche Anfragen**
- 6 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

Thelen
Vorsitzender

Droske
Schriftführer